



Bundesparteitag der SPD 2021

Antrag des Ortsvereins Laage (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Die gesetzliche Rentenversicherung soll weiterhin der stabile Anker für die Altersvorsorge bleiben.

Deshalb: Ablehnung eines kapitalgedeckten Staatsfonds innerhalb der ersten Säule der gesetzlichen Rente, sofortige Anhebung der Nachhaltigkeitsrücklage von 0,2 auf mindestens 0,3 Monatsausgaben und Leistungen zukünftig systemgerecht abbilden und finanzieren.

Das Thema Rente berührt Jeden – ein Leben lang. Das Versprechen einer tragfähigen Altersvorsorge ist stets ein Generationenprojekt. Für den politischen Diskurs ist dies Verantwortung und Herausforderung zugleich. Für das Umlagesystem gilt die gleiche Währung, die jeden Vertrag zwischen Menschen über die Zeit verbindet: die des Vertrauens. Das heute zugesagte Anwartschaften auch morgen noch verlässlich einlösbar sind, muss daher bei allen Debatten über die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung die unumstößliche Grundregel sein.

Häufig angefochten, erweist sich das deutsche umlagefinanzierte Alterssicherungssystem bis heute als krisenfest und renditesicher. Angesichts der andauernden Niedrigzinsphase am Kapitalmarkt, der verbesserten demografischen Entwicklung und eines stabilen Arbeitsmarktes, ist das Umlagesystem aktuell sogar deutlich attraktiver als vor zwei Jahrzehnten, dem Zeitraum als die Altersvorsorge in Deutschland auf ein Dreisäulenmodell umgestellt wurde. Seitdem wird der Kapitalmarkt – mittels Betriebsrenten und freiwilliger privater Altersvorsorge – in die gesetzliche Altersvorsorge mit einbezogen.

Wir unterstützen die Überlegungen, die Riester-Rente abzulösen und stattdessen in der dritten Säule einen kapitalgedeckten Staatsfonds – nach dem Vorbild Schwedens – zu etablieren, der eine sichere und einfache Beteiligung jedes Einzelnen am Kapitalmarkt ermöglicht.

Das Konzept der FDP, einen kapitalgedeckten Staatsfonds in der ersten Säule – also der gesetzlichen Rentenversicherung – zu integrieren und von den Pflichtbeiträgen der Versicherten von derzeit 18,6 Prozent rund zwei Prozentpunkte in diesen Staatsfonds fließen zu lassen, **lehnen wir kategorisch ab.** Dies Experiment ist unnötig. Es schwächt – ohne Not – die gesetzliche Rentenversicherung und führt zusätzlich zu höheren Ausgaben des Staates.

Wir wollen stattdessen die Verlässlichkeit der gesetzlichen Rentenversicherung weiter ausbauen. **Durch eine sofortige Anhebung der Nachhaltigkeitsrücklage von 0,2 auf mindestens 0,3 Monatsausgaben wollen wir die Reputation der Rentenversicherung stärken.**

Zusätzlich wollen wir die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung zukünftig systemgerecht abbilden und finanzieren, und so das Vertrauen in die umlagefinanzierte gesetzliche Rente weiter steigern.